

Interpellation Ledergerber-Kirchberg (30 Mitunterzeichnende) vom 23. Februar 2010

Drohender Mangel an qualifizierten Lehrpersonen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 18. Mai 2010

Donat Ledergerber-Kirchberg verweist in seiner Interpellation vom 23. Februar 2010 auf einen drohenden Mangel an qualifizierten Lehrpersonen in der Volksschule. Er erkundigt sich nach den geplanten Massnahmen zu dessen Abwendung.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Das Bildungsdepartement verfolgt laufend die Situation auf dem Lehrerinnen- und Lehrerstellenmarkt. Prognosen sind schwierig zu erstellen und, wie die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, häufig nicht zutreffend. In den Jahren ab 2001 prognostizierten die Lehrerinnen- und Lehrerverbände, aber auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) als Folge der demographischen Entwicklung einen erheblichen Lehrerinnen- und Lehrerüberschuss für die Jahre 2010 bis 2015; von den Gewerkschaften wurden Massnahmen zur Abfederung gefordert. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Bildungsdepartementes und Sozialpartnern analysierte im Jahr 2007 die Situation und kam zum Schluss, dass aufgrund der zu vielen Unsicherheitsfaktoren eine zuverlässige Prognose nicht möglich sei. Aktuell stehen die Warnzeichen umgekehrt: Die Sozialpartner befürchten, dass sich insbesondere bei Fachlehrpersonen der Oberstufe ein Mangel abzeichnen wird. Zur Beantwortung der Interpellation, zur Beurteilung der Situation sowie zur Planung allfälliger Massnahmen hat das Bildungsdepartement eine Umfrage bei den Schulträgern durchgeführt.

Auf der Primarstufe sind fast alle Stellen von qualifiziertem Personal besetzt. Es gibt ein genügend grosses Angebot an ausgebildeten Lehrpersonen. Die Oberstufe zeigt sich in einem etwas anderen Licht. Kurzfristig sind qualifizierte Lehrpersonen gesucht. Auf Beginn des Schuljahres 2010/11 werden 67 Vollzeitstellen frei und nur 80 Oberstufenlehrkräfte diplomiert (Stand: März 2010). Nach wie vor besteht ein Mangel insbesondere an qualifizierten Reallehrpersonen. Bei den Fachlehrpersonen im musischen und handwerklichen Bereich der Oberstufe ist die Situation aktuell nicht prekär; nur wenige Stellen sind durch Nichtqualifizierte besetzt. Wie sich die Situation entwickeln wird, lässt sich aus den vorhandenen Daten nicht herauslesen; eine Verschärfung ist jedoch zu erwarten.

Eine vertiefte Analyse der erwähnten statistischen Daten hat aufgezeigt, dass es in den nächsten zehn Jahren ausserordentlich viele Pensionierungen geben wird. Gleichzeitig wird die Zahl der Primarklassen stabil bleiben, die der Oberstufenklassen aber erheblich, nämlich um 8 Prozent, sinken. Die Zahl der Absolventinnen und -absolventen der Pädagogischen Hochschule des Kantons St.Gallen (PHSG) ist bis jetzt jedoch nicht rückläufig. Für das kommende Studienjahr haben sich an der PHSG 244 Studierende für den Lehrgang zur Kindergarten und Primarschullehrperson sowie 92 Studierende für den Lehrgang zur Oberstufenlehrpersonen angemeldet. Dies sind in allen Studiengängen erneut mehr als im letzten Jahr. Geht man davon aus, dass ein Grossteil der frisch ausgebildeten Oberstufenlehrpersonen auch in den Beruf einsteigen und deren Abwanderung in andere Kantone nicht enorm zunimmt, sollten im Kanton St.Gallen die Stellen auch in der Oberstufe ab 2012 mit ausgebildeten Fachleuten besetzt werden können.

Gesamtschweizerisch wird längerfristig ein struktureller Lehrpersonenmangel befürchtet. Gemäss Bildungsbericht Schweiz 2010 bilden die pädagogischen Hochschulen insgesamt zu we-

nige Lehrpersonen aus, um den Abgang durch Pensionierungen zu kompensieren. Dies gilt trotz Schülerinnen- und Schülerrückgang: Gesamtschweizerisch ist dieser nicht gross genug, um die Rücktritte aufzuwiegen. Der Bericht geht von einem jährlichen Bedarf von fünf bis sechs Prozent der aktiven Lehrschaft aus, was die pädagogischen Hochschulen vor zusätzliche Herausforderungen stellen wird. Die Alterung des Lehrpersonals wird die Fluktuationsrate insgesamt noch erhöhen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie bereits dargelegt, zeigt die Umfrage bei den Schulträgern aktuell einen Handlungsbedarf auf der Oberstufe. Die vom Bundesamt für Statistik prognostizierten Schülerzahlen deuten auf einen weiteren allgemeinen Rückgang der Schülerbestände bis ins Jahr 2014 hin. Auf der Primarstufe werden in den darauf folgenden Jahren leicht weniger Schüler erwartet, auf der Oberstufe erheblich weniger. Die Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Geburtenzahlen wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren einen weiteren Rückgang der Anzahl Lehrerinnen- und Lehrerstellen im Kanton St. Gallen – zuerst spürbar auf der Primarstufe, verzögert auch auf der Oberstufe – zur Folge haben. Unter der Annahme, dass die Anzahl der an der PHSG Studierenden etwa gleich bleibt, sollte die Stellenbesetzung auch auf längere Zeit hinaus gesichert sein.

Gesamthaft gesehen kann auf Grund der vorhandenen Daten prognostiziert werden, dass im Kanton St.Gallen quantitativ kein unmittelbarer Lehrerinnen- und Lehrermangel bevorsteht. Qualitativ gesehen kann im Einzelfall jedoch eine unbesetzte Lehrerinnen- oder Lehrerstelle für die betroffene Schule sehr belastend sein. Der Lehrerinnen- und Lehrstellenmarkt wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst, die nicht einberechnet werden konnten. Dies sind u.a. die durchschnittliche Klassengrösse, die Fluktuationsrate, die Entwicklung den verschiedenen Regionen der Schweiz oder die allgemeine Wirtschaftslage.

2. und 3. Es trifft zu, dass die Qualität der Schule direkt von den Lehrpersonen abhängt. Nur «gute» Lehrpersonen gewährleisten guten Unterricht. Grundsätzlich können nur ausgebildete Lehrpersonen ihren Berufsauftrag adäquat erfüllen. In der Praxis lässt sich das jedoch nicht immer umsetzen. Bis anhin unterrichteten auf der Oberstufe je eine Lehrperson mathematisch-naturwissenschaftlicher sowie sprachlich-historischer Richtung und eine Lehrperson für Handarbeit/Hauswirtschaft (Fächergruppenlehrperson). Diese drei konnten das ganze Fächerspektrum abdecken. Neu unterrichten vermehrt Lehrpersonen mit eingeschränktem Fächerumfang. Die Schulleitungen haben zunehmend Schwierigkeiten, sämtliche Fächer mit qualifizierten Lehrpersonen abzudecken. Übergangslösungen mit nicht stufen- oder fachspezifisch ausgebildeten Personen müssen in Ausnahmefällen toleriert werden. Zur Erweiterung der Unterrichtsberechtigung bietet die PHSG sowohl für die Primar- als auch für Oberstufenlehrpersonen Ergänzungsstudien für Einzelfächer an. Diese Einzelfachabschlüsse können von Lehrpersonen mit gültigem Stufendiplom im Rahmen der Regelstudiengänge absolviert und abgeschlossen werden. Damit wird einerseits dem wachsenden Bedürfnis von Monofachlehrpersonen und von Lehrpersonen, die an anderen Pädagogischen Hochschulen weniger breit ausgebildet worden sind, Rechnung getragen, ihre Unterrichtsberechtigung auf weitere Fächer zu erweitern. Andererseits ist dies auch für die Schulträger von Vorteil, da damit aktive Personalentwicklung betrieben werden kann. Der Schulträger hat dadurch die grössere Gewähr, dass die unterrichteten Fächer (auf der Sekundarstufe I) auch von Lehrpersonen mit einem dafür gültigen Lehrdiplom erteilt werden. Die Lehrperson hat den Vorteil, auch für dieses weitere Fach die Wahlfähigkeit zu erhalten, was die Arbeitsmarktfähigkeit steigert.
4. Der Lehrberuf hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Lehrpersonen sind aufgrund des gesellschaftlichen Wandels, aber auch aufgrund bildungspolitischer und struktureller Änderungen täglich herausgefordert. Dies insbesondere in der Unterrichts- und Schulentwicklung, in der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen im Schulhausteam, aber auch im Bereich der Sozialisation, der Integration und des individualisierenden Unterrichts.

tens. Daneben hat sich auch die Rolle der Lehrpersonen in der Gesellschaft verändert und der Berufsstand hat sich zu einem eigentlichen Lehrerinnenberuf entwickelt. Der Vorsteher des Bildungsdepartements hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die eine Diskussion zur Stärkung der Lehrpersonen sowie zum Wandel dieses Berufsbildes führen wird und Lösungsvorschläge erarbeitet. Diese diskutiert und erarbeitet mögliche Lösungen zu Fragen wie Steigerung der Attraktivität des Berufes, Positionierung in der Gesellschaft, Aufgaben und Herausforderungen der Lehrpersonen im Umfeld «Schüler-Eltern-Schulleitung-Schulrat», Geschlechterverteilung, Laufbahngestaltung, Weiterbildung, Belastungen und Entlastungsmassnahmen.

5. Wie bereits dargelegt, wird die Lehrerinnen- und Lehrerstellensituation laufend verfolgt und bei Bedarf werden weitere Massnahmen in die Wege geleitet. Eine konkrete Massnahme betrifft die Oberstufe im Jahr 2011: Mit dem Wechsel vom Bachelor- zum Master-Studiengang wird die Ausbildung für Oberstufenlehrpersonen um ein Semester verlängert. Dies hat zur Folge, dass im Jahr 2011 keine Oberstufenlehrpersonen diplomiert werden. Erziehungsrat und Hochschulrat der PHSG haben auf das Problem reagiert. Studierende können ihr letztes Studiensemester während der Dauer eines Jahres berufsbegleitend neben einer 50 Prozent Anstellung absolvieren. Für eine Frist von höchstens zwei Jahren erhalten sie eine provisorische Wahlfähigkeit und können somit stufenspezifisch entlohnt werden. Die PHSG rechnet damit, dass im Jahr 2011 rund 40 bis 50 angehende Lehrpersonen für eine 50 Prozent Anstellung zur Verfügung stehen. Das Bildungsdepartement geht davon aus, dass die Angebotslücke im Jahr 2011 damit im Wesentlichen gedeckt werden kann.

Die PHSG bietet seit Herbst 2009 eine berufsbegleitende Zweitausbildung von Primarlehrpersonen zur Lehrperson für die Sekundarstufe I an, die sowohl Primarlehrpersonen mit einem Hochschulabschluss (Bachelor-Abschluss einer Pädagogischen Hochschule) als auch Primarlehrpersonen mit einem seminaristischen Lehrdiplom offen steht. Weiter bereitet die EDK eine in sich geschlossene Ausbildung für die Sekundarstufe I vor, die an eine dreijährige Hochschulausbildung für die Primarstufe anschliesst. Damit ergeben sich für Primarlehrpersonen zusätzliche Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung. Die Schulträger erhalten gleichzeitig eine breitere Rekrutierungsbasis für die Oberstufe. Die Regierung geht davon aus, dass all diese Massnahmen zur Entschärfung der Stellensituation auf der Oberstufe beitragen.